



Qualität kommt nicht von Qual

Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns

Der Verwaltungskostenbeitrag der KZVB bleibt bei 0,9 Prozent, und die kieferorthopädische Abrechnung übernimmt weiterhin die ABZ eG. Bewegung nach vorn gibt es beim Qualitätsmanagement. Das wurde bei der Vertreterversammlung der KZVB am 2. und 3. Dezember 2005 im Zahnärzthehaus München deutlich.

Dr. Janusz Rat, Vorsitzender der KZVB, zog Bilanz über das erste Amtsjahr des neuen Vorstands, in dem die Ehrenamtsstruktur unter veränderten gesetzlichen Bedingungen neu aufgebaut worden ist. Rat würdigte die Arbeit der Referenten und der Verwaltung.

Ein besonderes Augenmerk legte der KZVB-Vorsitzende auf das Qualitätsmanagement (QM): „Ich lehne es ab zu sagen, ‚auf Kasse gibt’s nur Schrott‘.“ Außerordentlich hoch gewesen sei die Teilnehmerzahl bei der „QM-Roadshow, die wir Dr. Elisabeth Müller zu verdanken haben“. Auch die Seminarreihe zur Wirtschaftlichkeitsprüfung in verschiedenen Regionen Bayerns mit Nikolai Schediw, inzwischen Geschäftsbereichsleiter Qualität der zahnärztlichen Versorgung, sei ein voller Erfolg gewesen.

Rat konkretisierte auch die Rolle der KZVB-Obleute: „Sie sollen die Kommunikation zwischen der KZVB und den Mitgliedern verbessern.“

Menü auf kleiner Flamme

Zur Stelle zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen bemerkte der KZVB-Vorsitzende: „Das Menü wird nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Es kommt immer auf die Köche an. Wir halten es auf kleiner Flamme.“

Rat berichtete über die laufenden Verhandlungen mit den Krankenkassen zum Honorarverteilungsmaßstab. Aufgrund der konträren Interessenslagen der Krankenkassen gestalteten sich die Gespräche schwierig.



Fotos: Höpfer

Um Qualitätsmanagement drehten sich auch die Gespräche in den Pausen: Der KZVB-Vorsitzende Dr. Janusz Rat mit der Delegierten Dr. Nicol Dudek und dem zuständigen Referenten Dr. Gordian Hermann

„Wenn es ums Geld geht, sind die Krankenkassen mit ihrer Fürsorgepflicht schnell am Ende“, stellte der KZVB-Vorsitzende fest.

Zu den Festzuschüssen werde die Arbeitsgemeinschaft KZVen ihre Vorstellungen auf Bundesebene einbringen.

Vor neuen Herausforderungen

„Heute ist ein denkwürdiger Tag“, startete Dr. Martin Reißig, stellvertretender Vorsitzender der KZVB, seinen Bericht. „Vor 200 Jahren war die Schlacht bei Austerlitz. Auch wir stehen fast jedes Jahr bei unserer Herbst-Vertreterversammlung vor großen Herausforderungen.“ Mit Gesundheitsreformen habe die Zahnärzteschaft inzwischen umfangreiche Erfahrungen: „Die Ouvertüre ist immer eine Abzocker-Kampagne in den Medien. Es folgt der Beweis für angeblich schlechte Qualität mittels versteckter Kamera. Die Gegenwehr wird als unsozial gebrandmarkt.“

Reißig schilderte seine Ziele für die nächsten fünf Jahre: „Das KZV-System muss auf den Prüfstand. Die Stärken müssen ausgebaut, die Schwächen ausgemerzt werden.“ Der stellvertretende Vorsitzende der KZVB prognostizierte, eine neue Versorgungslandschaft werde entstehen, wobei Einzelverträge den Kollektivvertrag ablösen – zu Gunsten der Krankenkassen und zu Lasten der Zahn-



Konzentrierte Sacharbeit: Die Vertreter setzen sich mit den Tätigkeitsberichten des Vorstands und der Verwaltung auseinander.

ärzte. „Die KZVB garantiert weiterhin eine hochstehende Grundversorgung“, konstatierte Reißig. Der Kollektivvertrag der bayerischen Zahnärzte werde jedoch von Strukturverträgen, Modellversuchen, vereinzelt integrierten Versorgungsformen und medizinischen Versorgungszentren flankiert. Hier finde der Wettbewerb der Krankenkassen und der Zahnärzte statt. „Die KZVB sorgt für geordnete Verhältnisse in diesem Bereich durch Beratung und Kontrolle“, so Reißig. Ohne die KZVen finde keine umfassende Gesundheitsreform statt. Um Zahnärztemangel zu verhindern, müsse die Attraktivität des Berufes gestärkt werden. Dabei gelte es auch, neue Praxisformen und Teilzeitmodelle für Zahnärztinnen zu unterstützen. Reißig plädierte dafür, den EDV-Einsatz sinnvoll weiter zu entwickeln und Qualitätssicherung im Berufsstand zu verankern. „Qualitätssicherung darf nicht als Bedrohung empfunden werden“, bezog Reißig Stellung. „Wir müssen ein neues Fehler-Management entwickeln, um aus Fehlern zu lernen.“

Reißig regte auch an, die Zahnheilkunde mit Blick auf Nachhaltigkeit und Demographiefestigkeit zu finanzieren. Nicht nur an Politik und Krankenkassen, sondern besonders an die eigenen Kollegen appellierte er, den Trend zur Deprofessionalisierung des Berufsstandes sofort zu stoppen.

Politische Signalwirkung

Professor Joachim Szecsenyi, Facharzt für Allgemeinmedizin, Ärztlicher Direktor am Universitätsklinikum Heidelberg und Geschäftsführer des Instituts für angewandte Qualitätsförderung und Forschung im Gesund-

heitswesen (AQUA), referierte als Gastredner über Qualitätszirkel. Bei dieser Form der „Fortbildung aus der Praxis für die Praxis“ profitiere jeder Teilnehmer von den Erfahrungen seiner Kollegen.

Die politische Signalwirkung der Qualitätszirkel hob Reißig hervor: „Mit den Qualitätszirkeln können wir Zahnärzte nach außen zeigen, dass wir selbst in der Lage sind, das Problem des Qualitätsmanagements zu lösen. Bringen wir das Projekt jetzt richtig ins Ziel!“

Klare Position

Mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution protestierte die Vertreterversammlung der KZVB „gegen das Vorhaben der Bundesgesundheitsministerin, mit einem gesundheitspolitischen Rundumschlag auf Kosten der Ärzte und Zahnärzte das finanziell marode Gesundheitswesen sanieren zu wollen“. Die Delegierten beschlossen, die kieferorthopädische Abrechnung auch in Zukunft bei der ABZ eG zu belassen.

Trotz rückläufiger Einnahmen der KZVB, bedingt durch Umsatzeinbrüche in den Praxen, hat der Vorstand einen Haushaltsentwurf präsentiert, der die Verwaltungskostenbeiträge – im Gegensatz zu den meisten anderen KZVen in Deutschland – konstant hält. Daraufhin beschlossen die Delegierten, den Verwaltungskostenbeitrag bei 0,9 Prozent zu belassen.

Die Entlastung des früheren Vorstandes wurde bis zur nächsten Vertreterversammlung ausgesetzt. Man könne den immateriellen Schaden der Querelen in 2004 noch nicht abschätzen, begründete *Dr. Frank Portugall* als Vorsitzender des Finanzausschusses.

Die Klagen gegen die Einsetzung des sogenannten Staatskommissars im Frühjahr 2004 werden laut neuem Beschluss zurückgenommen.

Rückgängig machte die Vertreterversammlung auch eine Entscheidung aus dem Jahr 2004 zum Notdienst der Bezirksstelle München Stadt und Land. Die Bezirksstelle wird nun nicht mehr daran gehindert, einen täglichen Notdienst einzurichten.

Im Jahr 2006 wird die Zahl der ordentlichen Vertreterversammlungen auf drei reduziert.

Julika Sandt